

In Kassel hat's gekesselt

Kommentar zur EUROSOLAR-Stadtwerkekonferenz 13.-14.10.2014 in Kassel

Von Axel Berg

Wer an der EUROSOLAR Stadtwerkekonferenz letztes Jahr in Ulm dabei war, konnte erleben, wie unterschiedlich sich Stadtwerke verhalten können. VKU-Präsident Ivo Gönner forderte Ausschreibungen, verpflichtende Direktvermarktung und einen Auktionsmarkt statt Einspeisevorrang

Es gab viel Widerspruch, von Fabio Longo, Hans Josef Fell oder Johannes van Bergen. Weit über die Ökonomie hinaus fördere das EEG Ziele wie Innovation, Klimaschutz, Atomausstieg und einige mehr. Außerdem sind die Emissionen wieder auf Rekordhöhe. Der Überlebenskampf des Geschäftsmodells der großen Energieversorger sei in vollem Gange. Jetzt würden die Erneuerbaren diffamiert, während gleichzeitig durch den verfehlten Umlagemechanismus die Kohleindustrie und die größten Dreckschleudern von Kosten befreit werde, die wiederum von den Bürgern über gestiegene Preise bezahlt werden müssen. Einen Bestandsschutz für fossile Kraftwerke gebe es nicht. Einen tragfähigen Markt auch nicht. Klimawandel und Erderwärmung zeigen doch gerade das Marktversagen auf.

Doch nachdem das EEG 2014 vergangenen August in Kraft trat, wissen wir, dass sich die Konzerne und großen Stromverbraucher mit ihren nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen durchgesetzt haben. Erst mal...

Strategische Neuorientierung von Stadtwerken

Bertram Hilgen, Kasselner OB, beklagte auch gleich die schmerzlichen Änderungen der jüngsten EEG-Reform für Gewerbesteueraufkommen und Arbeitsplätze in Kassel. Der Ausbau sei zu früh gebremst worden. Das habe unmittelbare Auswirkungen auf den ÖPNV, dessen Verluste die Stadtwerke im Querverbund bisher mit ihren Gewinnen auffangen konnten.

Kassel habe sich beispielsweise gegen Offshore entschieden, weil die Stadt das nicht kann und es auch wenig sinnvoll ist, auf reine Kapitalanlagen zu setzen, die andere verwalten. Deshalb strebe man den lokalen Ausbau an nach dem Prinzip: Selbst entwickeln. Selbst bauen. Selbst betreiben. Leider stelle die BAFin ein Hindernis zur Gründung von Bürgergenossenschaften dar. Die sollten sich doch lieber um die Banken kümmern.

Prof. Dr. Uwe Leprich vom IZES Saarbrücken sieht zwar auch harte Zeiten für die Energiewende, tröstet jedoch sogleich damit, dass ein linearer Prozess auch kaum zu erwarten war. Euphorie und Ernüchterung werden sich auch weiter abwechseln. Obwohl ein starker Ausbau der Erneuerbaren notwendig sei, sofern man die 2025er-Ziele noch erreichen will.

Er erklärte in seinem ausführlichen Impulsvortrag, welche Auswirkungen Strom auf Wärme und Mobilität hat. Noch gibt es mit unter 0,5 Prozent kaum Überschussstrom. Der werde aber steigen. Ein Aktionsplan für Effizienz solle ebenfalls noch heuer herauskommen.

Erschreckend war dann doch, dass die Bundesregierung anscheinend generell überlegt, welche Klimaziele aufgegeben werden. Schon, weil sie nicht mehr zu schaffen sind. Jedenfalls dürfen wir jetzt nicht beim sogenannten EEG 2.0 verharren. Bereits 2016 kommt das EEG 3.0. Auf der anderen Seite glaubt er nicht, dass branchenspezifische Ausschreibungen mit Bürgerbeteiligungsmodellen ganz so schnell kommen. 2017 sei Bundestagswahl und kurz davor werde kaum alles umgekrempelt. Die EU verlange beispielsweise für kleinere PV-Anlagen bis 1 MW oder Windparks bis zu 5 MW allein gemäß Beihilfevertrag keine Ausschreibungen.

Leprich ärgerte sich darüber, dass so viele bis hinauf zu Öttinger unentwegt von Subventionen sprechen, wenn es um die Erneuerbaren gehe. Es gehe aber um eine Finanzierung. Bei den Kosten für die Müllabfuhr oder die Kläranlage spreche man ja auch nicht von Subventionen, sondern man wolle halt saubere Städte und sauberes Wasser. Der VKU kam auch nicht gut weg, habe er sich doch sehr gegen die Grundidee der physischen Wälzung eingesetzt.

Die verpflichtende Direktvermarktung sieht Leprich ebenfalls kritisch. Die kleinen Gewinnspannen fördern Firmenkonzentrationen, was zu Oligopolen führen kann. Bereits jetzt teilen sich lediglich acht Direktvermarktungsunternehmen über 50 Prozent des gesamten Umsatzes.

Die Hauptakteure des Stromsystems sind die Übertragungsnetzbetreiber, die Verteilnetzbetreiber und die Vertriebe. Da gebe es etliche Geschäftsmodelle für Stadtwerke. Warum sollten kleinere Stadtwerke nicht über einen Bündler grünen Strom vermarkten. Auch die Effizienz liege wie ein roter Teppich vor den Stadtwerken, weil die meisten Effizienz-Dienstleistungsmärkte in den Städten liegen. Die Stadtwerke können zu Schlüsselakteuren der Energiewende werden. Vielleicht 50 der 900 machen das schon sehr gut. Manche große wiederum stehen auf der Bremse.

Thomas Müller, Chef der Würzburger Stiftung Umweltenergierecht, erinnerte daran, dass das gesetzte Recht der entscheidende Punkt sei. Das bedeutet für die

1. Stadtwerke als Netzbetreiber, dass die netzbezogenen Grundpflichten erhalten bleiben, die Zahlungen auf die Marktprämie beschränkt werden und dass neue administrative Pflichten auf sie zukommen.
2. Stadtwerke als Vertrieb, dass es im Prinzip keine grundlegenden Neuerungen gibt, nur die Grünstromvermarktung ist jetzt nicht mehr möglich.
3. Stadtwerke als Investoren und Anlagenbetreiber, dass es durch die verpflichtende Direktvermarktung zu grundsätzlichen Änderungen kommen wird. Der Wettbewerb zwischen den Direktvermarktern wird zukünftig weniger gesetzlich, sondern vertraglich geregelt werden.

Die angekündigten Ausschreibungen seien juristisch ohne starke Bindungswirkung, eher ein politisches Versprechen, wenn nicht gar lediglich eine vollmündige Ankündigung. Offen sei, was überhaupt ausgeschrieben werden soll. Wasserkraft oder Geothermie spielen gar keine Ausbaurole. Die Vorschläge der Bundesregierung seien ebenso komplex wie nichtssagend. Sie schützt sich hinter der EU, die Ausschreibungen fordere. Es gibt aber keinen europarechtlichen Zwang zur Systemumstellung. Nicht mal die beihilferechtlichen Regelungen selbst sind rechtmäßig. Und selbst wenn, gibt es genug Möglichkeiten, eine Ausnahmeregelung zu bekommen, wenn Deutschland dies nur wolle. Auch europaweite Ausschreibungen seien nicht vorgeschrieben, so wie die Regierung es behauptet.

Für eine abschließende Bewertung sei es noch zu früh. Erkennbar sei jedoch, dass die beabsichtigten Systemänderungen hin zu Ausschreibungen den Zugang zur Förderung beschränken sollen. Nicht mehr Jedermann soll gefördert werden können. Dies kann zur Restriktion für kleine kommunale Unternehmen führen. Leider spielen die Wärme weiterhin keine Rolle, obwohl gerade die Sektorenkopplung ein interessantes Betätigungsfeld für Stadtwerke bietet.

Die langfristigen Klimaziele jedenfalls können mit den derzeitigen Gesetzen nicht erreicht werden.

Dr. Thorsten Ebert, Vorstand der Städtischen Werke Kassel, sieht auch Sinn in der Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr, dezentral und erneuerbar organisiert. Man habe einige Studien hierzu als auch zu virtuellen Kraftwerken und Speichermöglichkeiten in der Pipeline. Die Potenziale liegen bei weit über 100 Prozent. Stromüberschüsse können auch problemlos im Wärmemarkt unterkommen. Das Problem sei, dass 80 Prozent der Akteure privat entscheiden und einzeln überzeugt werden müssen.

Johannes van Bergen, mutiger und erfolgreicher Sprecher der Schwäbisch Haller Stadtwerke, bestätigte aus eigener Erfahrung, wie einfach und auch lukrativ die Nutzung allein überschüssiger Abwärme bereits ist.

Global geht er von einer Verdoppelung des Energiebedarfs bis 2060 aus. Konsolidierungen durch Effizienzmaßnahmen seien in Europa und den USA zu erwarten. Die Große Koalition hält er für politische Geisterfahrer, weil sie PV und Wind rückwärts fahren, während die Welt brummt.

Kleine Stadtwerke sind alleine überfordert mit der ganzen Bandbreite von Einkauf, Börse, Einsatzoptimierung, Speichern etc. Ihnen empfiehlt er, sich via Software mit anderen Stadtwerken im Querverbund zu verknüpfen.

Kooperationsmodelle und Beteiligungsformen

Dr. Achim Kötzle, Geschäftsführer der Tübinger Stadtwerke, führte den Verknüpfungsgedanken weiter aus. Nachdem in Tübingen alles an PV und Wasserkraft erschlossen sei, was geht, kümmere man sich mehr um Kooperationen. Horizontal auf kommunaler Ebene. Mit den Bürgern, die eingebunden werden. Mit verschiedenen Partner-Stadtwerken, bei denen jeweils einer ein Thema übernimmt - Beschaffung, Erzeugung, Dienstleistung und Beteiligung - und dann für alle agiert. Auch die Investitionen, wenn auch nur zwischen 800 kW und 2 MW, erfolgen im Pool mit Vor-Ort-Akteuren. Sein Credo: Diversifizieren und Kooperieren!

Michel Nicolai, Leiter der dezentralen Erzeugung bei Trianel, kontierte Uwe Leprichs Feststellung, nur 50 der 900 Stadtwerke seien sehr gut, sportlich mit der Behauptung, dass diese dann wohl bei Trianel versammelt seien. Klar sei, dass es eine Vielzahl neuer und zum Teil verdammt anspruchsvoller Geschäftsfelder geben wird. Ohne neue Geschäftsmodelle werden die Stadtwerkegewinne drastisch schrumpfen. Auf diese neuen Herausforderungen müssen sich Stadtwerke einstellen.

Als Lösung stellt sich Nicolai eine zentrale Internet-Plattform für Energiedienstleistungen vor. Vom Aufbau vergleichbar mit Amazon. Durch eine solche Standardisierung können

verschiedenste Akteure zusammenarbeiten und Entwicklungskosten und Risiko untereinander aufteilen. Abgeschlossen wird per Mausclick.

Prof. Dr. Clemens Hoffmann, Leiter des IWES Fraunhofer-Instituts in Kassel, berichtete von Berechnungen, die von jährlich 150 Mrd. Euro Investitionen ausgehen, verteilt über die kommenden 30-40 Jahre, um 100 % zu erreichen. Das entspricht 1 Prozent des BIP. Allein durch vermiedene Primärenergieimporte könne Deutschland 87 Mrd. Euro jährlich refinanzieren. Wachstum im Strombereich - in dem Punkt waren sich fast alle Redner der Konferenz einig - wird und soll stattfinden. Hoffmann sprach vom Weg zur Electric Economy. Das Finanzierungsmodell kann man unter *geschäftsmodeLL energiewende* googeln. Überrascht hat mich, dass Hoffmann den Wechsel der Zuständigkeit für EE vom Umwelt- hin zum neuen Wirtschafts- und Energieministerium als Nachteil sieht. Ich und viele andere fordern seit vielen Jahren ein eigenes Ministerium für die Energiewende als Querschnittsaufgabe. Uns störte stets das Kompetenzgerangel zwischen den Ministerien für Umwelt (Erneuerbare und Atom), Wirtschaft (Effizienz und Kohle), Bauen und Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Gesundheit, Verbraucherschutz, Äußeres und Verteidigung. So wie es mal konsequenterweise einen Atomminister gab, als fast alle an eine strahlende Zukunft glaubten, brauchen wir heute einen Sonnenminister, der die Energiewende organisiert. Danke ich. Hoffmann jedoch bedauert, dass die Umwelt trotz des CO₂-Anstiegs und des nicht mehr haltbaren 2 Grad-Ziels nun keinen Anwalt in der Regierung mehr hat. Ist auch bedenkenswert.

Die abendliche Podiumsdiskussion empfand ich als so fad, dass ich außer dem Moderator Stephan Grüger MdL aus dem EUROSOLAR-Vorstand und Dr. Thorsten Ebert den auftretenden Abgeordneten ihre namentliche Erwähnung erspare. Da hätten wir besser die anwesenden Stadträte aus verschiedenen Kommunen genommen, die fachlich viel drauf hatten. Ich sehe die Diskussion als Ansporn für EUROSOLAR und alle Freunde der Energiewende, unsere Volksvertreter besser zu informieren. Vielleicht war aber auch ich geschwächt von den vielen Tageseindrücken und Informationen. Gut, dass alle Teilnehmer die Vorträge nach der Konferenz zugemailt bekommen.

Rekommunalisierung

Timm Fuchs, Beigeordneter beim Städte- und Gemeindebund, sprach von dem Stimmungswandel in unserer Gesellschaft. Der Glaube an Privatunternehmen ist erschüttert, seit sie von den kleinen Leuten gerettet werden müssen (Abwrackprämie, Bankenkrise). Dies führe zu einer Renaissance des Örtlichen, einem Trend zur Rekommunalisierung. Die Menschen interessieren sich mehr als früher über das, was daheim geschieht. Die Mehrzahl der bestehenden 20.000 Konzessionsverträge laufen 2015 aus. Dies führe oft zu Eigenübernahmen gemeinsam mit anderen Stadtwerken oder mit einem Energiekonzern als strategischem Partner. Gleichzeitig sieht er eine neue Epoche der Nachhaltigkeit anbrechen. Die politische Chance für Gemeinden sei zukünftige Einflussnahme auf den Energiesektor. Das Risiko besteht darin, dass es oft Widerstände gibt, die sich bis in kommunale Wahlkämpfe auswirken können: Mit Altkonzessionären, die Stimmung machen oder durch Organisationsprobleme etwa. Außerdem gebe es immer wieder Stillstand durch Wutbürger. Wichtig sei deshalb einerseits, die Bürgerschaft durch Infokampagnen und Beteiligungen zum Mitgestalter zu machen und andererseits, das Thema frühzeitig anzugehen. Eine

ehrliche Optionsanalyse, die Entwicklung eines Medienkonzepts und das Aufgreifen der Bürgervorschläge gehören ebenso dazu wie die frühe Einbindung von Verwaltung, Politik und örtlicher Wirtschaft.

Michael Wübbels, stv. Hauptgeschäftsführer des VKU blieb cool und grundsätzlich. Er schilderte, dass nicht nur die Netze zurückgeholt würden. Seit 2005 habe es auch 120 Stadtwerke-Neugründungen gegeben. Er schilderte den derzeitigen umfassenden Transformationsprozess. Jetzt stellen sich Fragen wie: Welche Gesetzesnovelle, welche Kooperationen und welches Personal brauche ich als Stadtwerk. Die Grundsatzfrage, Markt oder Regulierung, bleibt laut Wübbels bestehen. Wenn die Margen in den alten Bereichen sinken, müsse man sich neue Geschäftsfelder suchen, Direktvermarktung, Smartmetering, E-Mobilität, Effizienz oder andere Dienstleistungen. Klug sei es, die Investitionen in Verteilnetze erheblich auszuweiten und nicht nur horizontale Kooperation mit den Bürgern zu suchen, sondern auch die mit Stadtwerk-Netzen. Was soll er sich auch aus dem Fenster lehnen, bekam doch der VKU mit dem EEG2014 fast alle Wünsche erfüllt.

Martin Rühl, Chef der Wolfhagener Stadtwerke schwärmte, wie sich in ihrer 13 000-Einwohner-Kommune alles zum Guten fügte. Hier wird der Markt nicht als Bedrohung gesehen. Zu unterschiedlichen Zeiten wird Strom unterschiedlich bepreist. Über- und Untererzeugung werden so reduziert. Bei ihnen läuft alles in einer Bedarfssteuerung zusammen. 25 Prozent der Stadtwerksanteile wurden via Kapitalerhöhung an eine örtliche BürgerEnergieGenossenschaft abgegeben. Regional wird mit fünf anderen nordhessischen Stadtwerken in Union zusammengearbeitet. Stadtwerke seien selbst bei kleinen Städten prädestiniert, alle Ziele zusammen zu führen, so sein Fazit.

Dr. Dieter Attig, der seit der ersten EUROSOLAR-Stadtwerkekonferenz 2006 immer wieder wegweisende Reden hielt, meinte bescheiden, dass die EnergieRegion Kassel, deren Geschäftsführer er ist, da hin will, wo Wolfhagen schon sei. Es stelle sich jeweils die Frage, ab welcher Größenordnung es interessant wird. Um Kassel versuchen es 17 Kommunen mit 150 000 Einwohnern und ohne Eigenmittel. Zuerst haben sie sich das Niederspannungsnetz zurückgeholt, in fünf Jahren ist das Gasnetz dran und in vielleicht 20 Jahren wollen sie sich die Mittelspannungsebene sichern. Die Konzessionshoheit der Kommunen hält Attig für einen großen Vorteil, der nur durch die Gründung eigener Versorgungsstrukturen in Geld und Einfluss umgesetzt werden kann. Der Weg kann langwierig und schwer sein, ist aber zu meistern. Ohne „Macher“, also einige besonders motivierte Akteure, gehe es allerdings nicht.

Fazit

Stadtwerke können Schlüsselakteure der Energiewende bleiben. Sie positionieren sich zunehmend in zwei Gruppen. Den - sagen wir knapp zehn Prozent - kooperativen, flexiblen, risikobereiten Early Birds, die sich für die zunehmend zappeliger werdende Energiezukunft gut vorbereitet wissen. Und denjenigen Stadtwerken, die den Weg des Business-as-usual nur zögerlich verlassen und sich derzeit allen Ernstes darüber freuen, dass dank ihrer energiepolitischen Restaurationsbestrebungen die veralteten Geschäftsmodelle noch ein Weilchen länger Gewinne abwerfen. Die Freude dürfte nur kurz währen.

Vielleicht werden wir schon in 10 Jahren herzlich lachen über das EEG 2014 damals. Vielleicht gibt es in 20 Jahren überhaupt keine großen Energieversorgungskonzerne mehr. Produktivitätsfortschritte in der Kommunikations- und Umwelttechnologie werden Energie und Information auf lange Sicht weiter radikal verändern. Bereits heute produziert ein Drittel der Menschheit seine Informationen selbst und schickt sie um die Welt. Der Energiemarkt könnte zwischen 2030 und 2040 in ähnlicher Weise funktionieren.

Wir befinden uns in einer rasanten Transformation in eine neue Weltwirtschaftsordnung und in eine neue Wertschöpfungskultur. Auch die vielen Energiekriege im Irak oder Sudan, in Syrien, Afghanistan, Gaza oder der Ukraine sind furchtbare Zeugnisse davon. Die Digitalisierung hat vor knapp zehn Jahren begonnen, unsere gesamte Wirtschaft umzukrempeln. Der Energiesektor gehört eher zu den verspäteten Industriemärkten, die von der Digitalisierung erfasst und grundlegend verwandelt werden. Wir werden deutlich früher als 2040 weltweit 80 Prozent unserer Energie auf erneuerbarer Basis gewinnen. Der Preis von Photovoltaik kann regelmäßig um 20 Prozent sinken, während sich die Leistung der Solarenergie dabei verdoppelt. In den vergangenen zwei Jahren hat sich in den USA der Preis für PV-Strom halbiert. In den kommenden Jahren wird er sich ein weiteres Mal halbieren.

Das sind Szenarien, die bei konservativen Stadtwerkern Ängste wecken, weil sie die Fundamente unseres ökonomischen Systems ins Wanken bringen. Märkte funktionieren in der digitalen Nachhaltigkeitsgesellschaft nicht mehr so wie im Industriekapitalismus der 50er-Jahre, als die Schornsteine rauchten. Langfristig können wir uns nicht mehr an alte Wahrheiten aus der Ära der montanindustriellen Welt klammern. Geschäftsmodelle werden heute mitunter über Nacht funktionslos und neue entstehen. Die großen Energieversorger, über Jahrzehnte gefeiertes und gepöppeltes Rückgrat der deutschen Industriegeschichte, kämpfen um ihr Leben. In Deutschland versucht E.on, die Energiewende zu bremsen, wo es nur geht. Im Ausland hingegen investieren sie selbst in Erneuerbare, weil es Geld bringt oder versuchen z.B. in osteuropäischen Ländern, ihr altes Geschäft weiter zu betreiben, das sich die Deutschen nicht mehr bieten lassen. Vattenfall sucht Käufer und würde Deutschland gern den Rücken kehren. Der Imageverlust ist den Schweden einfach zu hoch: Vattenfall heißt Wasserfall und wird nur noch mit Braunkohle assoziiert. Die EnBW mit atomfreundlicher Vergangenheit versucht unter der neuen grün-roten Führung den Paradigmenwechsel. Ein Experiment mit bisher mäßiger Überzeugungskraft und offenem Ausgang. Am verbissensten hält RWE an ihrem überkommenen fossilen Geschäftsmodell fest. Im Vergleich zum bereits schlechten Vorjahr sank das betriebliche Ergebnis um weitere 40 Prozent. Das erklärt auch zum Teil die konzerndevote Haltung der Politik. Gehört doch ein Viertel der RWE-Aktien NRW-Gemeinden wie Essen, Duisburg, Düsseldorf oder Leverkusen, die eigentlich von den erwarteten Gewinnen ihren ÖPNV, ihre Schwimmbäder oder Museen renovieren wollten.

Die Betreiber von Stadtwerken müssen also am Ball bleiben und neue Geschäftsmodelle im Auge haben. Autarkie zum Beispiel. Also nicht nur eigene EE-Produktion mit Anschluss ans Netz, über das Überschüsse verkauft und Bedarfe gedeckt werden. Das ist Autonomie, die zur besseren Regelbarkeit des Netzes auch Sinn gibt. Wenn der Gesetzgeber aber die volkswirtschaftlich sinnvolle Autonomie bestraft, sollte man über Modelle nachdenken, die komplett autark vom öffentlichen Netz funktionieren. Die Computerei wird's möglich machen. Hinter der Digitalisierung der erneuerbaren Energieträger ist kein luftiges

Wolkenkuckucksheim versteckt, sondern hier liegen komplett neue Wertschöpfungsideen verborgen.

Wer früh beginnt wird von der Geschichte belohnt werden. Der Export von Braunkohlekraftwerken jedenfalls wird Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren nicht prägen. Da schon eher die Idee von dezentral und erneuerbar agierenden Stadtwerken im Eigentum ihrer Kommune. Für uns Deutsche selbstverständlich. Im Ausland nahezu unbekannt. Das könnte mal ein Exportschlager werden.